

Kein Steuergeld für Landesbeteiligungen mehr!

Die 570 Millionen Euro Verlust der Berliner Landesunternehmen als „erfreulich“ zu bezeichnen, wie Senator Sarrazin es tut, erinnert an die „New Speech“ aus George Orwells Roman „1984“.

	2001	2002	2003	Diff. zu 2002	Diff. zu 2001
in Mio. €					
Jahresergebnis	-564	-1.154	-572	50%	-1%
	Das Jahresergebnis hat sich gegenüber 2001 leicht verschlechtert ...				
Investitionen	4.699	2.894	3.764	30%	-20%
	... trotz erheblichen Einsparungen bei den Investitionen und ...				
Personalaufwand	3.738	3.501	3.463	-1%	-7%
	... dem Personal ...				
Bilanzsumme	223.986	210.186	187.654	-11%	-16%
	... und bei einem erheblich reduzierten Bestand.				

Bei den Verlusten für das Land in den Jahren 2001 bis 2003 sind die Stützmaßnahmen zugunsten der Bankgesellschaft, die Kapitalzuführungen an Vivantes und die Feuersozietät sowie die Beihilfen an die BVG nicht mitgerechnet.

Zuführungen seit 2003	2001	2002	2003	Summe
1. Im Beteiligungsbericht 2004 angegebene Zuführungen				
"Anteil Zuführungen am Umsatz in Mio. €"	652	715	660	2.027
2. Im Beteiligungsbericht 2004 nicht angegebene Zuführungen				
an die BVG (Umstrukturierungsbeihilfen)	419	418	416	1.253
an die Bankgesellschaft (Kapitalerhöhung)	1.850			1.850
an Vivantes (Kapitalerhöhung)		230		230
an Feuersozietät (Kapitalerhöhung)			16	16
an BWB (Berlikomm, etc.)			120	120
Summe Zuführungen				5.496

Die operative Ertragskraft der Beteiligungsunternehmen – gemessen am Betriebsergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte – hat sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Diese Verschlechterung wird hauptsächlich von Sarazzins Freudenbringern verursacht – der BVG und der Bankgesellschaft.

		EBITDA in Mio. €			
		2002	2003	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung in %
Summe		1938,36	1888,95	-49,41	-2,5%
verschlechtert gegenüber 2002	Bankgesellschaft Berlin AG	547,62	416,93	-130,69	-23,9%
	Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) AöR	76,14	-31,33	-107,47	-141,1%
	GESOBAU AG	124,71	52,01	-72,70	-58,3%
	Vivantes- Netzwerk für Gesundheit GmbH	-21,96	-61,58	-39,62	180,4%
	WBM	144,72	119,28	-25,44	-17,6%
	Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH	40,89	25,98	-14,91	-36,5%
	Messe Berlin GmbH	3,02	-3,82	-6,84	-226,5%
	BEHALA	2,62	0,67	-1,95	-74,4%
verbessert gegenüber 2002	Berliner Wasserbetriebe (BWB) AöR	480,29	568,04	87,75	18,3%
	DEGEWO gemeinnützige AG	120,80	144,08	23,28	19,3%
	STADT UND LAND	58,32	132,26	73,94	126,8%
	GEWOBAG	77,11	124,39	47,28	61,3%
	HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH	88,33	121,64	33,31	37,7%
	Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) AöR	38,09	61,64	23,55	61,8%
	Feuersozietät Berlin Brandenburg AöR	-30,15	-16,30	13,85	45,9%

Bei der Bankgesellschaft und der BVG zeichnet sich für die Zukunft ein erhöhter Finanzbedarf aus der Landeskasse ab. Bündnis 90/Die Grünen lehnen es strikt ab, in den nächsten Jahren weitere Steuergelder in die Landesunternehmen zu pumpen. Die Kosten der Risikoabschirmung sind zunächst aus dem Verkaufserlös für die Bankgesellschaft zu decken. Und zusätzliche Finanzhilfen für die sanierungsresistente BVG sind durch Vermögensverkäufe zu decken und dürfen keinesfalls zu Lasten sozialer Leistungen oder der Berliner Bildungs- und Kulturausgaben gehen.

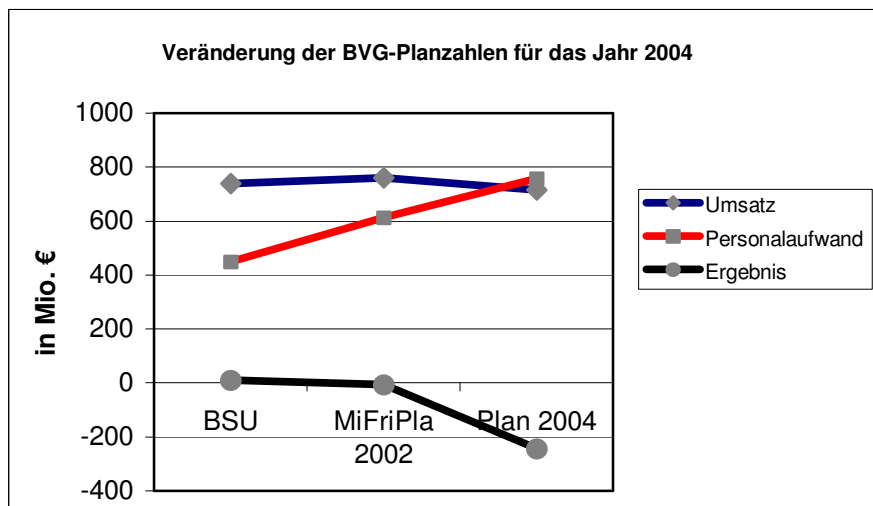
Haushaltsrisiko BVG

Die BVG ist die größte Einzelposition im Berliner Haushalt. Die 1 Milliarde Euro Verschuldung der BVG, die sich jährlich um ca. 100 Mio. € Jahresfehlbetrag erhöht sind dabei im Haushalt gar nicht berücksichtigt. Damit stellt die BVG ein gewaltiges Haushaltsrisiko dar.

Die Sanierungsergebnisse der BVG bleiben weit hinter den Planvorgaben des BSU 2000-Konzeptes zurück. Die BVG muss aber bis 2008 erfolgreich saniert sein, um im dann vorgeschriebenen europaweiten Wettbewerb zu überleben. Dies gilt unabhängig davon, ob Konzessionen ausgeschrieben oder direkt vergeben werden.

Die BVG kommt bei der Kostensenkung nicht voran

Bisher haben die Berliner von der Sanierung der BVG nur Fahrpreiserhöhungen und Einschränkung der Leistung zu sehen bekommen. Ansonsten senkt die BVG nur die Planzahlen in ihrem Sanierungsprogramm und nicht die Kosten. Im Planszenario 2004 übersteigt der Personalaufwand sogar die Umsatzerlöse.



Obwohl die BVG bei der Sanierung nicht vorankommt, verlangt sie vom Land Berlin ein Bekenntnis zum Unternehmen in Form einer dauerhaften Rechtsformgarantie sowie die „marktorientierte Direktvergabe“ des ÖPNV an das Unternehmen ab 2008. Letzteres geht nur, wenn die BVG den Kriterien eines „durchschnittlich gut geführten Unternehmens“ entspricht. Aufgrund der aktuellen Finanz- und Ertragslage der BVG bestehen erheblich Zweifel, dass die BVG diese Kriterien erfüllen kann.

Die BVG steckt – wie das Land Berlin – in der Schuldenfalle

Der operative Aufwand ist auch 2004 bedeutend höher als die operativen Erträge. Die Zuwendungen des Landes, davon 164 Mio. € Umstrukturierungsbeihilfen, dienen nicht den Sanierungskosten sondern werden von den operativen Verlusten aufgezehrt. Die Rückstellungen für Personalanpassungsmaßnahmen und die Altlasten (im wesentlichen Zins- und Ruhegeldaufwand) bilden den Jahresfehlbetrag und erhöhen die Verschuldung der BVG.

Die größte Anstrengung für die Sanierung ist im Personalbereich notwendig. Einsparungen in Höhe von 50 Mio. € aus dem Spartentarifvertrag und die bisher abgeschlossenen Abfindungsvereinbarungen reichen bei Weitem nicht aus, um den notwendigen Sanierungsbeitrag zu erbringen.

Im Vergleich zu anderen ÖPNV-Unternehmen größerer deutscher Städte liegt der Personalaufwand der BVG 40-50% über den Vergleichswerten. Eine Hälfte des Ausstattungsüberhangs entfällt auf das um ca. 25% höhere Tarifniveau (Personalaufwand/Mitarbeiter). Die andere Hälfte des Mehraufwands ist durch den Personalüberhang bedingt.

Personalaufwand im Vergleich

	BVG	Hamburger Hochbahn	Stadtwerke VerkehrsG Frankfurt	BVG (25/25)
Personalaufwand	795.142.000	196.311.000	109.503.000	454.831.948
Mitarbeiter	12.456	4.405	2.299	9.500
Personalaufwand/Mitarbeiter	63.836	44.565	47.631	47.877
Fahrgelderträge	554.900.000	273.834.000	146.000.000	554.900.000
Personenkilometer	3.967.100.000	1.654.500.000	600.000.000	3.967.100.000
Nutzwagenkilometer	254.000.000	118.000.000	-	254.000.000
Fahrgäste	890.300.000	370.300.000	-	890.300.000
Personalaufwand/Fahrgelderträge	1,43	0,72	0,75	0,82
Personalaufwand/Personenkilometer	0,20	0,12	0,18	0,11
Personalaufwand/Nutzwagenkilometer	3,13	1,66	-	1,79
Nutzwagenkilometer/Mitarbeiter	20.391,78	26.787,74		26.736,84
Personenkilometer/Mitarbeiter	318.489,08	375.595,91	260.983,04	417.589,47
Fahrgäste/Mitarbeiter	71.476	84.064		93.716

Schlussfolgerungen:

- Eine Garantie der Rechtsform kann derzeit nicht gegeben werden. Damit würde die Handlungsfähigkeit von BVG, Senat und Abgeordnetenhaus in unverantwortlicher Weise eingeschränkt und der Fortbestand des Unternehmens aufs Spiel gesetzt. Mit dem dutzendfach gemachten Fehler, Verträge zu schließen, die wirtschaftliches Handeln – auch in der Not – unmöglich machen, muss endlich Schluss sein.
- Trennung von Netz und Betrieb. Die gesamte mobile und immobile Infrastruktur für den ÖPNV sollte in eine landeseigene Infrastrukturgesellschaft überführt werden. Auch die Bestandsaussichten für die BVG wären unter europäischem Recht sicherer, wenn das Unternehmen als reine Betreibergesellschaft zu marktüblichen Konditionen fortgeführt würde.
- Eine für die Wettbewerbsfähigkeit der BVG ggf. nötige Entschuldung darf nicht aus dem laufenden Haushalt finanziert werden, sondern muss durch Vermögensaktivierung aufgebracht werden.

Sanierung der Bankgesellschaft und Risikobschirmung

Die Enquete-Kommission „Zukunft für Berlin“ schlägt dazu vor: „Die Inanspruchnahme aus der Risikoabschirmung sollte soweit möglich aus dem Verkaufserlös für die Bankgesellschaft bestritten und die dadurch frei werdenden Mittel sollten gezielt für wachstums- und nachhaltigkeitswirksame Ausgaben verwendet werden.“ (Entwurf der Haushalts AG)

Das Land Berlin hat bisher vier Milliarden Euro in die Bankgesellschaft gesteckt. Wenn die Bankgesellschaft keine weiteren Verluste macht, müsste sie dank dieser Finanzspritzen und nach dem Verkauf von Weberbank und Berliner Bank ein Eigenkapital von deutlich mehr als vier Milliarden Euro aufweisen.

Finanzhilfen des Landes	Mio. €
Kapitalerhöhung 2001	1.850
IBB Zweckrücklage 2004	1.100
"Rückzahlungsvereinbarung" 2005	1.100
Gesamt	4.050

Ziel des Verkaufs der Bankgesellschaft sollte deshalb sein, die vier Milliarden Euro zurück zu bekommen. Dies könnte in zwei Etappen geschehen. Drei Milliarden durch den Verkauf 2007 und eine Milliarde Ende 2014, wenn die Zinsbindung der „innovativen stillen Beteiligung“ aus der ehemaligen Zweckrücklage ausläuft.

Dies ist allerdings ein „Best-Case-Szenario“, das sich nur realisieren lässt, wenn der Vorstand der Bankgesellschaft das Institut erfolgreich saniert, d.h. das operative Geschäft aus den roten Zahlen bringt und das Kreditportfolio der Bank um alle Untiefen bereinigt (sei es durch Beendigung der Engagements, Wertberichtigungen oder Forderungsverkäufe). Bislang ist dies dem Konzernvorstand nicht nach Plan gelungen.

Ergebnis in Mio. €	Plan	Ist	Differenz
Ergebnis 2002	-122	-699	-577
Ergebnis 2003	-9	-317	-308
Ergebnis 2004	145	39*	-106
Gesamt	14	-977	-991

* Stand III. Quartal 2004

Die Entschuldung des Finanzakrobaten Ehlerding (WCM,Cobra), bei der die Bankgesellschaft erneut Kredite in dreistelliger Millionenhöhe abschreiben muss, wird bei potentiellen Käufern den Verdacht erhärten, dass es weitere nicht aufgedeckte Kreditrisiken in der Bank gibt. Eine Bilanz, die faktisch ein Institut ohne Ertragswert widerspiegelt und auf ein schwieriges Kreditportfolio schließen lässt, mindert den erzielbaren Verkaufspreis erheblich. Änderung ist angesagt, wenn der Haushalt entlastet werden soll!

Pressekonferenz zum Beteiligungsbericht 2004

2007 bis 2011 werden 750 Millionen Euro aus Erfüllungsübernahmen für die Garantiepflichten der Fonds fällig, wenn man die für 2005 geschätzten Kosten von 150 Millionen Euro fortschreibt. Zusätzlich wird 2007 eine Inanspruchnahme von schätzungsweise zwei Milliarden Euro aus der Buchwertgarantie des Landes für die Vorratsimmobilien von IBAG, IBG und deren Töchtern und Objektgesellschaften fällig.

Buchwertgarantie (Mio. €)	2.000
Erfüllungsübernahmen (5 x150 Mio. €)	750
Inanspruchnahme Legislaturperiode	2.750